

Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung

vom 9. November 1995 (Stand 1. Januar 2023)

Der Grosse Rat des Kantons St.Gallen

hat von der Botschaft der Regierung vom 23. Mai 1995¹ Kenntnis genommen und erlässt

in Ausführung der Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung² (im folgenden Bundesgesetzgebung)

als Gesetz:³

I. Zuständigkeit

(1.)

Art. 1 Regierung*

¹ Die Regierung:

- a) ...
- b) setzt das Globalbudget für Pflegeheime fest.

² Sie erlässt Vollzugsbestimmungen und kann im Rahmen des Vollzugs mit anderen Kantonen und Staaten Vereinbarungen abschliessen.

Art. 2 Departement*

¹ Das zuständige Departement vollzieht die Bundes- und die kantonale Gesetzgebung über die Krankenversicherung, soweit dieses Gesetz sowie das Gesetz über die Spitalplanung und -finanzierung vom 31. Januar 2012⁴ keine andere Zuständigkeit vorsehen.

1 ABl 1995, 1511.

2 eidKVG und eidgenössische Vollzugserlasse dazu.

3 Abgekürzt EG-KVG. nGS 30–121. Vom Grossen Rat erlassen am 28. September 1995; nach unbenützter Referendumsfrist rechtsgültig geworden am 9. November 1995; in Vollzug ab 1. Januar 1996.

4 sGS 320.1.

331.11

Art. 3* *Sozialversicherungsanstalt*

¹ Die Sozialversicherungsanstalt des Kantons St.Gallen (nachfolgend Sozialversicherungsanstalt) vollzieht die Bestimmungen über:

- a) die Nichtbezahlung von Prämien und Kostenbeteiligungen;
- b) die Prämienverbilligung.

² Sie zahlt die Prämienverbilligung dem Versicherer aus, bei dem die Person versichert ist.

³ Der Kanton entschädigt die Sozialversicherungsanstalt für die nach Abs. 1 Bst. b dieser Bestimmung erbrachten Leistungen.*

⁴ Die politischen Gemeinden entschädigen die Sozialversicherungsanstalt für die nach Abs. 1 Bst. a dieser Bestimmung erbrachten Leistungen. Der Anteil der politischen Gemeinden wird nach der Bevölkerung gemäss der letzten Erhebung der kantonalen Statistikstelle berechnet.*

Art. 4 *Politische Gemeinde*

¹ Die politische Gemeinde vollzieht die Bestimmungen über die Versicherungspflicht.

² Sie wirkt beim Vollzug der Bestimmungen über die Prämienverbilligung mit.

Art. 5 *Versicherungsgericht*

¹ Das Versicherungsgericht ist Schiedsgericht nach dem Bundesgesetz.⁵

II. Obligatorische Krankenversicherung (2.)

1. Einhaltung der Versicherungspflicht (2.1.)

Art. 6 *Kontrollstelle*

¹ Die politische Gemeinde bezeichnet eine Kontrollstelle für Krankenversicherung.

² Diese fordert eine versicherungspflichtige Person, die keine Auskunft über ihre Versicherung erteilt oder nicht versichert ist, auf, sich unverzüglich versichern zu lassen.

³ Sie weist eine versicherungspflichtige Person, die nicht innert vierzehn Tagen dieser Aufforderung nachgekommen ist, einem Versicherer zur Aufnahme zu.

⁵ Art. 89 des BG über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 (Referendumsvorlage BBl 1994 II, 236).

Art. 7 *Auskunft*
 a) versicherungspflichtige Person

¹ Eine versicherungspflichtige Person erteilt der Kontrollstelle Auskunft, bei wem sie versichert ist.

Art. 8 *b) Versicherer*

¹ Der Versicherer erteilt der Kontrollstelle Auskunft, welche Personen bei ihm versichert sind.

Ibis. Nichtbezahlung von Prämien und Kostenbeteiligungen* (2.1^{bis.})

Art. 8a* *Meldeverfahren bei Betreibungen*
 a) Meldung des Versicherers

¹ Der Versicherer meldet der Sozialversicherungsanstalt die Schuldnerin oder den Schuldner, gegen die oder den er ein Betreibungsverfahren wegen ausstehender Prämien oder Kostenbeteiligungen eingeleitet hat, sowie die betroffenen versicherten Personen. Die Meldung erfolgt:

- a) sobald die Voraussetzungen für das Fortsetzungsbegehren erfüllt sind;
- b) bevor der Versicherer das Fortsetzungsbegehren stellt.

² Der Versicherer gibt mit der Meldung Name, Vorname, Adresse, Geschlecht, Geburtsdatum und AHV-Versichertennummer der betroffenen versicherten Person bekannt.

³ Er setzt das Betreibungsverfahren bis zur Meldung der Sozialversicherungsanstalt über das Vorliegen eines dem Verlustschein gleichzusetzenden Rechtstitels nicht fort.

Art. 8b* *b) Einbezug der politischen Gemeinde*

¹ Die Sozialversicherungsanstalt leitet die Meldung an die für die betroffene versicherte Person nach dem Sozialhilfegesetz vom 27. September 1998⁶ zuständige politische Gemeinde weiter.

² Die zuständige politische Gemeinde teilt der Sozialversicherungsanstalt mit, ob die betroffene versicherte Person finanzielle Sozialhilfe bezieht.

Art. 8c* ...

Art. 8d* ...

⁶ sGS 381.1.

331.11

Art. 8e* ...

Art. 8f* ...

1ter. Uneinbringliche Prämien und Kostenbeteiligungen*

(2.1^{ter.})

Art. 8g* *Meldeverfahren bei Ausstellung des Verlustscheins*

¹ Der Versicherer meldet der Sozialversicherungsanstalt den Gesamtbetrag der Forderungen, die zur Ausstellung des Verlustscheins oder eines diesem gleichzusetzenden Rechtstitels geführt haben.

² Dem Verlustschein sind rechtskräftige Verfügungen über die Leistung finanzieller Sozialhilfe gleichgesetzt.

Art. 8h* *Übernahme und Vergütung der ausstehenden Forderungen*

¹ Die Sozialversicherungsanstalt vergütet dem Versicherer den nach dem Bundesrecht festgelegten Anteil der ausstehenden Forderungen, nachdem die nach Art. 86 Abs. 1 der eidgenössischen Verordnung über die Krankenversicherung vom 27. Juni 1995⁷ bezeichnete externe Revisionsstelle des Versicherers die Richtigkeit der Daten bestätigt hat.

² Sie vereinnahmt Rückzahlungen des Versicherers aus der Bewirtschaftung der Verlustscheine.

³ Der Sozialversicherungsanstalt werden die nach Abs. 1 und 2 dieser Bestimmung ermittelten Nettokosten durch die politischen Gemeinden vergütet.*

a)* ...

b)* ...

⁴ Der Anteil der politischen Gemeinden wird nach der Bevölkerung gemäss der letzten Erhebung der kantonalen Statistikstelle berechnet.*

2. Prämienverbilligung

(2.2.)

Art. 9* *Grundsatz*

¹ Der Kanton gewährt Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Prämienverbilligung.

7 SR 832.102.

Art. 10 *Voraussetzungen*
 a) Personen

¹ Eine Prämienverbilligung wird in der Schweiz obligatorisch krankenversicherten Personen gewährt, die:^{*}

- a)* im Kanton St.Gallen am 1. Januar des Jahres, für das die Prämienverbilligung beansprucht wird, ihren zivilrechtlichen Wohnsitz haben;
- b) ein die Prämienverbilligung auslösendes Einkommen erzielen.

² Keine Prämienverbilligung wird gewährt:

- 1.* Quellensteuerpflichtigen, ausgenommen ausländischen Arbeitnehmern mit einer fremdenpolizeilichen Bewilligung zum Jahresaufenthalt und Grenzgängern mit zivilrechtlichem Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, die in einem Arbeitsverhältnis im Kanton stehen;
- 2. nicht versicherungspflichtigen Personen, die sich freiwillig der Bundesgesetzgebung unterstellen;
- 3.* in Ausbildung stehenden Personen bis zum vollendeten 25. Altersjahr, wenn für die Person eine Ausbildungszulage nach dem Bundesgesetz über die Familienzulagen vom 24. März 2006⁸ oder nach dem Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft vom 20. Juni 1952⁹ bezogen wird. Der Anspruch dieser Personen wird gemeinsam mit dem Anspruch der Eltern berechnet.

³ Für folgende Personen bestimmt die Regierung den Beginn der Anspruchsberechtigung durch Verordnung:^{*}

- a)* Neugeborene;
- b)* Zuzüger aus dem Ausland und Personen mit einer Aufenthaltsberechtigung im Kanton;
- c)* Grenzgänger mit zivilrechtlichem Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, die in einem Arbeitsverhältnis im Kanton stehen.

Art. 11 *b) Einkommen*

¹ Die Regierung setzt das die Prämienverbilligung auslösende Einkommen unter teilweiser Berücksichtigung des steuerbaren Vermögens durch Verordnung fest.

² Grundlage bildet in der Regel die definitive Steuerveranlagung des vorletzten Jahres vor dem Jahr, für das die Prämienverbilligung beansprucht wird.^{*}

³ Entspricht das ermittelte Einkommen offensichtlich nicht der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, wird auf diese abgestellt.

8 SR 836.2.

9 SR 836.1.

331.11

Art. 11^{bis}* c) *Anmeldung*

¹ Der Anspruch auf Prämienverbilligung setzt eine Anmeldung bei der Sozialversicherungsanstalt bis am 31. März des Jahres voraus, für das die Prämienverbilligung beansprucht wird.

² Für folgende Personen bestimmt die Regierung die Frist zur Anmeldung der Prämienverbilligung durch Verordnung:

- a) Zuzüger aus dem Ausland und Personen mit einer Aufenthaltsberechtigung im Kanton;
- b) Grenzgänger mit zivilrechtlichem Wohnsitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, die in einem Arbeitsverhältnis im Kanton stehen.

³ Für Anmeldungen, die nicht fristgemäss eingereicht werden, gilt Art. 41 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000¹⁰ sachgemäss.

Art. 12 *Höhe*

¹ Die Regierung bestimmt die Höhe der Prämienverbilligung durch Verordnung.

² Für Ergänzungsleistungen beziehende Personen entspricht die Verbilligung dem tieferen der folgenden Beträge:*

- a)* der jährlichen Ergänzungsleistung¹¹;
- b)* einem jährlichen Pauschalbetrag in der Höhe der kantonalen beziehungsweise regionalen Durchschnittsprämie für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (einschliesslich Unfalldeckung), höchstens jedoch der tatsächlichen Prämie¹².

Art. 13 *Rückerstattung*

¹ Für die Rückerstattung und den Erlass der Rückerstattung einer unrechtmässig bezogenen Prämienverbilligung wird Art. 25 Abs. 1 und 2 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000¹³ sachgemäss angewendet.*

² ...*

¹⁰ SR 830.1.

¹¹ Art. 9 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, SR 831.30.

¹² Art. 10 Abs. 3 des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, SR 831.30.

¹³ SR 830.1.

Art. 14 Finanzierung*

¹ Für die Prämienverbilligung werden eingesetzt:

- a) die Beiträge des Bundes;
- b)* ein vom Kantonsrat mit dem Budget festgelegter Kantonsbeitrag.

² Der Kantonsbeitrag beträgt wenigstens 45,4 und höchstens 54,6 Prozent der Beiträge des Bundes.*

³ Unterschreitungen des unteren Grenzwerts werden in den Folgejahren im Ausmass von je einem Fünftel zum oberen und unteren Grenzwert hinzugezählt. Überschreitungen des oberen Grenzwerts werden in den Folgejahren im Ausmass von je einem Fünftel vom oberen und unteren Grenzwert abgezogen.

⁴ Über- und Unterschreitungen werden unter Einbezug der Anpassungen nach Abs. 3 dieser Bestimmung jährlich ermittelt.

Art. 14a Kostenübernahme bei finanzieller Sozialhilfe*

¹ Die politische Gemeinde übernimmt fällige Prämien und Kostenbeteiligungen sowie Betreuungskosten und Verzugszinsen der versicherungspflichtigen Person, die finanzielle Sozialhilfe bezieht.

² Der Kanton vergütet der politischen Gemeinde die ihr entstandenen Kosten aus der Übernahme von Prämien und Verzugszinsen.

³ Die Regierung kann die Zuständigkeit für die Auszahlung der Prämien an die Sozialversicherungsanstalt übertragen.

Art. 14^{bis} ...*

Art. 15 Verfahren und Mitwirkung*

¹ Die Regierung regelt das Verfahren der Durchführung der Prämienverbilligung sowie die Mitwirkung der politischen Gemeinden und der Versicherer durch Verordnung.

Art. 16 Einsprache*

¹ Gegen Verfügungen der Sozialversicherungsanstalt kann innert dreissig Tagen seit Eröffnung schriftlich Einsprache erhoben werden. Im Übrigen werden die Verfahrensbestimmungen der Bundesgesetzgebung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts¹⁴ sachgemäss angewendet.

14 Art. 52 des BG über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000, SR 830.1; Art. 10 bis 12 der eidgV über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 11. September 2002, SR 830.11.

IIbis. Mammographie-Screening-Programm*

(2bis.)

Art. 16^{bis} Mammographie-Screening-Programm*

¹ Der Kanton St.Gallen führt ein Mammographie- Screening-Programm nach der eidgenössischen Verordnung über die Qualitätssicherung bei Programmen zur Früherkennung von Brustkrebs durch Mammographie vom 23. Juni 1999.¹⁵

² Die Regierung kann die Durchführung des Programms mit Leistungsvereinbarung einer privaten Organisation übertragen.

Art. 16^{ter} Datenherausgabe*

¹ Die politischen Gemeinden liefern dem Kanton oder der von ihm bezeichneten privaten Organisation die zur Durchführung des Programms erforderlichen Personendaten.

III. Schlussbestimmungen

(3.)

Art. 17 ¹⁶

Art. 18 ¹⁷

Art. 19 Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Aufgehoben werden:

- a) das Gesetz über die Krankenversicherung vom 16. Oktober 1966;¹⁸
- b) Art. 36^{ter} Abs. 1 lit. d des Gesundheitsgesetzes vom 28. Juni 1979;¹⁹
- c) Art. 25^{bis} Abs. 2 des Gesetzes über die öffentliche Fürsorge vom 18. Mai 1964.²⁰

Art. 20 Übergangsbestimmungen*

a) Kantonsbeiträge zur Ermässigung der Kinderprämien

¹ Kantonsbeiträge zur Ermässigung der Kinderprämien werden den nach bisherigem Recht beitragsberechtigten Krankenkassen letztmals im Jahr 1995 ausgerichtet.

15 SR 832.102.4.

16 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

17 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

18 nGS 26–130 (sGS 331.11).

19 sGS 311.1.

20 sGS 381.1.

Art. 21 b) Kantonsbeiträge für Leistungen an die spitalexterne Krankenpflege*

¹ Kantonsbeiträge für Leistungen an die spitalexterne Krankenpflege werden den nach bisherigem Recht beitragsberechtigten Krankenkassen letztmals im Jahr 1996 ausgerichtet.

² Grundlage bilden die anrechenbaren Leistungen des Jahres 1995.

³ Soweit Krankenkassen die bisherigen Leistungen ohne Verpflichtung durch die Bundesgesetzgebung erbringen, erhalten sie für weitere zwei Jahre Kantonsbeiträge nach bisherigem Recht.

Art. 21a c) des VIII. Nachtrags vom 17. November 2019²¹*

¹ Bei der Korrektur der Grenzwerte nach Art. 14 Abs. 3 und 4 dieses Erlasses werden Über- und Unterschreitungen der Grenzwerte nicht berücksichtigt, die vor Vollzugsbeginn des VIII. Nachtrags vom 17. November 2019²² nach Massgabe des bisherigen Rechts eingetreten sind.

Art. 22 Vollzugsbeginn

¹ Die Regierung bestimmt den Vollzugsbeginn dieses Gesetzes.

Übergangsbestimmung des V. Nachtrags vom 26. Juni 2012²³

II.

Art. 14bis Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung vom 9. November 1995 in der Fassung vor der Aufhebung durch diesen Erlass werden auf Prämien oder Kostenbeteiligungen mit Fälligkeit vor dem 1. Januar 2012 angewendet, wenn die erstmalige Betreibung im Kanton St.Gallen angehoben und ein Pfändungsverlustschein ausgestellt worden ist.

21 nGS 2019-092.

22 nGS 2019-092.

23 nGS 47-90.

* Änderungstabelle - Nach Bestimmung

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Erlass	Grunderlass	43–131	09.11.1995	01.01.1996
Art. 1	geändert	47–44	31.01.2012	keine Angabe
Art. 2	geändert	47–44	31.01.2012	keine Angabe
Art. 3	geändert	47–90	26.06.2012	01.01.2014
Art. 3, Abs. 3	geändert	2023-002	24.01.2023	01.01.2023
Art. 3, Abs. 4	eingefügt	2023-002	24.01.2023	01.01.2023
Gliederungstitel 2.1 ^{bis} .	eingefügt	47–90	26.06.2012	keine Angabe
Art. 8a	eingefügt	47–90	26.06.2012	01.01.2013
Art. 8b	eingefügt	47–90	26.06.2012	01.01.2013
Art. 8c	eingefügt	47–90	26.06.2012	01.01.2015
Art. 8c	aufgehoben	2021-081	16.11.2021	01.12.2021
Art. 8d	eingefügt	47–90	26.06.2012	01.01.2015
Art. 8d	aufgehoben	2021-081	16.11.2021	01.12.2021
Art. 8e	eingefügt	47–90	26.06.2012	01.01.2015
Art. 8e	aufgehoben	2021-081	16.11.2021	01.12.2021
Art. 8f	eingefügt	47–90	26.06.2012	01.01.2015
Art. 8f	aufgehoben	2021-081	16.11.2021	01.12.2021
Gliederungstitel 2.1 ^{ter} .	eingefügt	47–90	26.06.2012	keine Angabe
Art. 8g	eingefügt	47–90	26.06.2012	01.01.2012
Art. 8h	eingefügt	47–90	26.06.2012	01.01.2012
Art. 8h, Abs. 3	geändert	2020-073	21.07.2020	01.01.2021
Art. 8h, Abs. 3, a)	aufgehoben	2020-073	21.07.2020	01.01.2021
Art. 8h, Abs. 3, b)	aufgehoben	2020-073	21.07.2020	01.01.2021
Art. 8h, Abs. 4	geändert	2015-012	18.11.2014	01.01.2015
Art. 9	geändert	42–66	29.11.2006	keine Angabe
Art. 10, Abs. 1	geändert	2015-012	18.11.2014	01.01.2015
Art. 10, Abs. 1, a)	geändert	2015-012	18.11.2014	01.01.2015
Art. 10, Abs. 2, 1.	geändert	2015-012	18.11.2014	01.01.2015
Art. 10, Abs. 2, 3.	geändert	2015-012	18.11.2014	01.01.2015
Art. 10, Abs. 3	geändert	2015-012	18.11.2014	01.01.2015
Art. 10, Abs. 3, a)	eingefügt	2015-012	18.11.2014	01.01.2015
Art. 10, Abs. 3, b)	eingefügt	2015-012	18.11.2014	01.01.2015
Art. 10, Abs. 3, c)	eingefügt	2015-012	18.11.2014	01.01.2015
Art. 11, Abs. 2	geändert	2015-012	18.11.2014	01.01.2015
Art. 11 ^{bis}	eingefügt	2015-012	18.11.2014	01.01.2015
Art. 12, Abs. 2	geändert	2020-092	17.11.2020	01.01.2021
Art. 12, Abs. 2, a)	eingefügt	2020-092	17.11.2020	01.01.2021
Art. 12, Abs. 2, b)	eingefügt	2020-092	17.11.2020	01.01.2021
Art. 13, Abs. 1	geändert	2015-012	18.11.2014	01.01.2015
Art. 13, Abs. 2	aufgehoben	2015-012	18.11.2014	01.01.2015

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Art. 14	geändert	43–40	23.09.2007	keine Angabe
Art. 14	geändert	45–49	20.04.2010	keine Angabe
Art. 14, Abs. 1, b)	geändert	2019-092	17.11.2019	01.01.2020
Art. 14, Abs. 2	geändert	2019-092	17.11.2019	01.01.2020
Art. 14a	eingefügt	47–90	26.06.2012	01.01.2012
Art. 14 ^{bis}	eingefügt	43–40	23.09.2007	keine Angabe
Art. 14 ^{bis}	aufgehoben	47–90	26.06.2012	01.01.2012
Art. 15	geändert	47–90	26.06.2012	01.01.2012
Art. 16	geändert	42–55	23.01.2007	keine Angabe
Gliederungstitel 2 ^{bis} .	eingefügt	43–130	29.07.2008	keine Angabe
Art. 16 ^{bis}	eingefügt	43–130	29.07.2008	keine Angabe
Art. 16 ^{ter}	eingefügt	43–130	29.07.2008	keine Angabe
Art. 20	geändert	42–66	29.11.2006	keine Angabe
Art. 21	geändert	42–66	29.11.2006	keine Angabe
Art. 21a	eingefügt	2019-092	17.11.2019	01.01.2020

* Änderungstabelle - Nach Erlassdatum

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
09.11.1995	01.01.1996	Erlass	Grunderlass	43–131
29.11.2006	keine Angabe	Art. 9	geändert	42–66
29.11.2006	keine Angabe	Art. 20	geändert	42–66
29.11.2006	keine Angabe	Art. 21	geändert	42–66
23.01.2007	keine Angabe	Art. 16	geändert	42–55
23.09.2007	keine Angabe	Art. 14	geändert	43–40
23.09.2007	keine Angabe	Art. 14 ^{bis}	eingefügt	43–40
29.07.2008	keine Angabe	Gliederungstitel 2 ^{bis} .	eingefügt	43–130
29.07.2008	keine Angabe	Art. 16 ^{bis}	eingefügt	43–130
29.07.2008	keine Angabe	Art. 16 ^{ter}	eingefügt	43–130
20.04.2010	keine Angabe	Art. 14	geändert	45–49
31.01.2012	keine Angabe	Art. 1	geändert	47–44
31.01.2012	keine Angabe	Art. 2	geändert	47–44
26.06.2012	01.01.2014	Art. 3	geändert	47–90
26.06.2012	keine Angabe	Gliederungstitel 2.1 ^{bis} .	eingefügt	47–90
26.06.2012	01.01.2013	Art. 8a	eingefügt	47–90
26.06.2012	01.01.2013	Art. 8b	eingefügt	47–90
26.06.2012	01.01.2015	Art. 8c	eingefügt	47–90
26.06.2012	01.01.2015	Art. 8d	eingefügt	47–90
26.06.2012	01.01.2015	Art. 8e	eingefügt	47–90
26.06.2012	01.01.2015	Art. 8f	eingefügt	47–90
26.06.2012	keine Angabe	Gliederungstitel 2.1 ^{ter} .	eingefügt	47–90
26.06.2012	01.01.2012	Art. 8g	eingefügt	47–90
26.06.2012	01.01.2012	Art. 8h	eingefügt	47–90

331.11

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
26.06.2012	01.01.2012	Art. 14a	eingefügt	47–90
26.06.2012	01.01.2012	Art. 14 ^{bis}	aufgehoben	47–90
26.06.2012	01.01.2012	Art. 15	geändert	47–90
18.11.2014	01.01.2015	Art. 8h, Abs. 4	geändert	2015-012
18.11.2014	01.01.2015	Art. 10, Abs. 1	geändert	2015-012
18.11.2014	01.01.2015	Art. 10, Abs. 1, a)	geändert	2015-012
18.11.2014	01.01.2015	Art. 10, Abs. 2, 1.	geändert	2015-012
18.11.2014	01.01.2015	Art. 10, Abs. 2, 3.	geändert	2015-012
18.11.2014	01.01.2015	Art. 10, Abs. 3	geändert	2015-012
18.11.2014	01.01.2015	Art. 10, Abs. 3, a)	eingefügt	2015-012
18.11.2014	01.01.2015	Art. 10, Abs. 3, b)	eingefügt	2015-012
18.11.2014	01.01.2015	Art. 10, Abs. 3, c)	eingefügt	2015-012
18.11.2014	01.01.2015	Art. 11, Abs. 2	geändert	2015-012
18.11.2014	01.01.2015	Art. 11 ^{bis}	eingefügt	2015-012
18.11.2014	01.01.2015	Art. 13, Abs. 1	geändert	2015-012
18.11.2014	01.01.2015	Art. 13, Abs. 2	aufgehoben	2015-012
17.11.2019	01.01.2020	Art. 14, Abs. 1, b)	geändert	2019-092
17.11.2019	01.01.2020	Art. 14, Abs. 2	geändert	2019-092
17.11.2019	01.01.2020	Art. 21a	eingefügt	2019-092
21.07.2020	01.01.2021	Art. 8h, Abs. 3	geändert	2020-073
21.07.2020	01.01.2021	Art. 8h, Abs. 3, a)	aufgehoben	2020-073
21.07.2020	01.01.2021	Art. 8h, Abs. 3, b)	aufgehoben	2020-073
17.11.2020	01.01.2021	Art. 12, Abs. 2	geändert	2020-092
17.11.2020	01.01.2021	Art. 12, Abs. 2, a)	eingefügt	2020-092
17.11.2020	01.01.2021	Art. 12, Abs. 2, b)	eingefügt	2020-092
16.11.2021	01.12.2021	Art. 8c	aufgehoben	2021-081
16.11.2021	01.12.2021	Art. 8d	aufgehoben	2021-081
16.11.2021	01.12.2021	Art. 8e	aufgehoben	2021-081
16.11.2021	01.12.2021	Art. 8f	aufgehoben	2021-081
24.01.2023	01.01.2023	Art. 3, Abs. 3	geändert	2023-002
24.01.2023	01.01.2023	Art. 3, Abs. 4	eingefügt	2023-002